

18. / 1. 1918

22

**Eine Erklärung der Deutschbürgerlichen.**

Abg. Dr. Malaja gab im Namen der den deutschen bürgerlichen Parteien angehörenden Mitglieder des Ausschusses folgende Erklärung ab:

Als oberste Richtschnur und Pflicht bei der Behandlung von Angelegenheiten der äußeren Politik erscheint uns im gegenwärtigen Augenblick, daß alles unterlassen werde, was geeignet sein könnte, die Stellung der Vertreter der verbündeten Mächte bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk zu erschweren. Wohl aber halten wir die eingehende Erörterung dieser Verhandlungen und der damit im Zusammenhang stehenden Fragen an den verfassungsmäßig zuständigen Stellen für dringend geboten. Als solche betrachten wir jedoch nicht den Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses, sondern zunächst den Ausschuß für äußere Angelegenheiten der Delegation. Wir haben daher dem vom Ausschusse bereits angenommenen Antrage des Abgeordneten Teufel zugestimmt, dahingehend, daß der Ausschuß für Leuzkeres unverzüglich einberufen werde, und erwarten die sofortige Durchführung dieses Antrages.

Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß die westlichen Mächte unter unseren Begnern gleich wie früherzeit das Anbot der verbündeten Mächte so nunmehr auch die Einladung der damaligen russischen Regierung zur Teilnahme an Verhandlungen über einen allgemeinen Friedensschluß zurückgewiesen haben. Wir müssen aber mit dieser Tatsache rechnen und erblicken daher als Ziel der Verhandlungen von Brest-Litowsk nur mehr den Abschluß eines Sonderfriedens mit Rußland. Zu diesem erreichbaren Ziel nach besten Kräften beizutragen, halten wir für unsere Pflicht.

Mit den Reden der russischen Delegierten in Brest-Litowsk, die deren revolutionärer und sozialdemokratischer Parteirichtung entsprechen, will man hier den Versuch machen, die nach dreieinhalb Kriegsjahren begreifliche Unzufriedenheit zu schüren und aufzustacheln. Unter Vorbehalt der schärfsten Kritik an den Fehlern und Versäumnissen, die in der Monarchie begangen wurden, weisen wir solche für den Staat und damit auch für dessen Bevölkerung gefährliche Versuche zurück. Was wir aber von der österreichischen Regierung verlangen und was die deutschen bürgerlichen Parteien seit jeher verlangt haben, das ist eine bessere Fürsorge für die Ernährung und Erhaltung der Bevölkerung; denn erst die mangelhaften Ernährungsverhältnisse haben für die gegenwärtige Ausstandsbewegung den geeigneten Boden geschaffen.

In der Debatte sind die Erklärungen berührt worden, die Ministerpräsident Lloyd George und Präsident Wilson über die Kriegsziele ihrer Länder abgegeben haben. Wir stellen fest, daß wir in diesen Erklärungen keine Grundlage für den Friedensschluß erblicken. Wir stehen auf dem Standpunkt der Souveränität des österreichischen Staates und lehnen jede Einmischung des Auslandes in die inneren Verhältnisse der Monarchie ab.

Die deutschen bürgerlichen Parteien werden ihre Stellungnahme zu den Fragen der äußeren Politik im Ausschuß für äußere Angelegenheiten der Delegation präzisieren. Inzwischen geben wir der Erwartung Ausdruck, daß die Unterhändler der verbündeten Mächte in Brest-Litowsk, von deren aufrichtigen Friedenswillen wir überzeugt sind, die Verhandlungen auch weiterhin in vorwärtlichem Geiste führen werden.